

Delegiertenversammlung des Bauernverbandes vom 24. November

Hansjörg Walter, Präsident SBV

Liebe Delegierte des Bauernverbandes,
Geschätzte Bäuerinnen und Bauern,
Werte Gäste und Medienschaffende

Ich begrüsse Sie sehr herzlich zur Delegiertenversammlung des Schweizerischen Bauernverbandes. Genau vor einer Woche standen die meisten von Ihnen zusammen mit 10'000 weiteren Bäuerinnen und Bauern ebenfalls hier in Bern auf dem Bundesplatz. Wir standen für unsere Zukunft ein, kämpften für eine Perspektive für unseren Berufsstand. Entgegen der im Vorfeld gehegten Befürchtung, verlief unsere Kundgebung eindrucksvoll und friedfertig. Beeindruckend war insbesondere der riesige Aufmarsch der Bäuerinnen und Bauern! Diese gemeinsame Entschlossenheit hat mich enorm gefreut! Ich danke an dieser Stelle allen Teilnehmenden für ihren markanten Auftritt in Bern und den kantonalen Bauernverbänden wie auch den SBV-Mitarbeitern für die Organisation. Auch das Medienecho war weitgehend positiv. Ich bin überzeugt, dass unsere Botschaften bei der breiten Bevölkerung angekommen sind. Wir bieten Hand und wir erwarten, dass man auch uns Hand bietet! Unsere Forderungen haben wir bei Parlament und Regierung platziert. Bundesrat Deiss persönlich nahm sich Zeit, um mit uns unsere Anliegen zu besprechen. Jetzt gilt es, dass diese beim Fortgang der WTO-Verhandlungen in Hongkong, bei der Frage eines allfälligen Freihandelsabkommens mit den USA und nicht zuletzt auch bei der Weiterentwicklung der AP 2011 aufgenommen und umgesetzt werden. Alle drei Themen sind für uns von existentieller Bedeutung. Nochmals kurz zur Erinnerung der Stand der Dinge.

WTO

Beginnen wir mit dem zurzeit brennendsten und für uns gefährlichsten Thema, den WTO-Verhandlungen. In der Weltwirtschaft bläst ein härterer Wind, wie man praktisch täglich in den Zeitungen lesen kann. Seit einigen Monaten haben auch in der Schweiz gewisse Wirtschaftskreise den Druck auf den Bundesrat deutlich erhöht. Unverhohlen wird die heutige Agrarpolitik kritisiert. Die Schuld für die blockierten Verhandlungen wird nicht selten der Landwirtschaft in die Schuhe geschoben. Die Bereitschaft, die Schweizer Landwirtschaft gegen die Interessen der grossen Agrarexporteure zu schützen, nimmt generell ab. Je nachdem müssen wir damit rechnen, dass der Bundesrat das Schweizer WTO-Mandat kurzfristig abändert. Die härteste Nuss in den aktuellen Verhandlungen ist das Einlenken der europäischen Union im Bereich des für uns entscheidenden Grenzschatzes. Brüssel ist bereit, die Einfuhrzölle auf maximal 100 Prozent des Produktwerts zu beschränken. Doch gerade in der Schweiz sind wichtige Produkte wie Fleisch- und Milchwaren teilweise mit Zöllen von mehreren 100 Prozent geschützt. Noch hat der Bundesrat nicht entschieden, wie weit er mit seinen Konzessionen gehen will. Wir müssen deshalb alle unsere Kräfte mobilisieren, denn es stehen Einbussen von 3 Milliarden Franken oder mehr auf dem Spiel. Rund ein Drittel des Wertes unserer Agrarprodukte! Das lässt sich mit Direktzahlungen nicht mehr auffangen. Wir akzeptieren nicht, dass die Landwirtschaft auf dem Altar des Freihandels geopfert wird! Schon gar nicht, da bisher keinerlei Gegenleistungen für andere Sektoren in Sicht sind. Warum werden Dienstleistungen oder industrielle Güter nicht mehr oder nur am Rand thematisiert? Die Klagen der Wirtschaftsexponenten, welche die Landwirtschaft als Hemmschuh des Wachstums bezeichnen, treffen nicht zu.

Freihandelsabkommen

Als ob die WTO nicht schon genug wäre, hat der Bundesrat noch einen Hiobsbotschaft im Ärmel. Anfang Jahr entscheidet er, ob er die Verhandlungen für ein Freihandelsabkommen mit den USA aufnehmen will. Verschiedene Kreise drängen auf weitere bilaterale Abkommen in der Hoffnung, damit die Schweizer Exportwirtschaft anzukurbeln. Für die Landwirtschaft ist ein Freihandelsab-

kommen mit den USA aber eine enorme Gefahr. Die Chefunterhändler haben bereits kundgetan, dass eine Öffnung des Schweizer Agrarmarkts Bedingung ist. Das Produktionspotential der schweizerischen Landwirtschaft ist gegenüber demjenigen der USA verschwindend klein. Wir Schweizer Bauern kämpfen nicht nur mit hohen Produktionskosten infolge eines hohen Kostenumfeldes, sondern auch Klima und Topografie erschweren die Produktion. Ganz anders die Landwirtschaft in den USA, einer der grössten Agrarexporteure der Welt. Das Land wird in verschiedenen Klimazonen grossflächig bebaut und die Produktionsmethoden im Pflanzenbau und vor allem auch in der Tierhaltung entsprechen kaum den Vorstellungen der schweizerischen Bevölkerung. Vor allem für uns sensible Bereiche wie Rind- und Schweinefleisch, Gemüse, Obst, Getreide und eventuell Futtermittel werden für die Amerikaner interessant sein. Und dabei wird nicht die Höhe der einzelnen Zollkontingente zur Diskussion stehen, sondern auch die Verteilung der zollfreien Importe übers Jahr, besonders für Obst und Gemüse. Nicht tarifäre Handelshemmnisse wie Deklarationsvorschriften werden ebenfalls unter Druck geraten. Eingeständnisse könnten dazu führen, dass landwirtschaftliche Produkte aus den USA, ohne entsprechende Beschriftung in die Schweiz eingeführt werden könnten. Dies selbst wenn diese nach in der Schweiz verbotenen Methoden produziert wurde. Beispiele sind: Eier aus Batteriehaltung, Fleisch von Tieren, die mit antimikrobiellen Leistungsförderern oder Hormonen gefüttert wurden oder gentechnisch veränderte Produkte. Die wirtschaftlichen Folgen eines Freihandelsabkommens mit den USA wären verheerend. Es ist so gut wie sicher, dass die Zölle auf das US-Niveau reduziert werden müssten. Dieses ist noch tiefer, als die schlimmsten Prognosen im Rahmen der WTO-Verhandlungen. Die Agrarexporte der USA in die Schweiz würden sich verfünffachen, diejenigen der Schweiz in die USA würden um 50% zunehmen. Wir wehren uns auf jeden Fall mit all unseren Kräften dagegen, dass es im Agrarbereich zu einem Freihandelsabkommen mit den USA kommt!

AP 2011

Die nationale Antwort auf die erwähnten internationalen Herausforderungen sollte das Reformpaket der AP 2011 sein! Doch auch hier müssen wir feststellen, dass dieses die Auswirkungen nicht abfedert, sondern im Gegenteil noch verstärkt. Die AP 2011 genügt damit nicht! Seit über einem Jahrzehnt wird die Landwirtschaftspolitik stetig umgebaut. Wir Bauernfamilien haben so gut wie möglich auf die rapide ändernden Rahmenbedingungen reagiert. Wir haben unsere Betriebsstrukturen angepasst, unsere Produktion konsequent auf den Markt ausgerichtet sowie intensiv Nischenmärkte erschlossen. Im Bereich Ökologie und Tierwohl ist die Schweiz unterdessen wohl weltweit führend. Diese Reformen haben aber auch ihren Tribut gefordert. Seit 1990 haben über 30'000 Betriebe aufgehört. Die materielle Situation der verbleibenden Betriebe hat sich in dieser Zeit ebenfalls verschlechtert. Im Durchschnitt verdient eine Familienarbeitskraft für den vollen Einsatz auf dem Betrieb 36'000 Fr. im Jahr. Bei vier von fünf Betrieben würden die Familienmitglieder aber deutlich mehr verdienen, wenn sie sich ausserhalb der Landwirtschaft eine Arbeit suchen würden: In den übrigen Sektoren ist ein Jahreslohn von 66'500 Franken die Regel. Für uns unakzeptabel ist die Tatsache, dass die Preissenkungen bei den Produzenten nicht an die Konsumenten weiter gegeben wurden. Es kann und darf nicht sein, dass sich der Handel und Detailhandel an den Bauern bereichern! Wir verlangen eine faire Verteilung der Wertschöpfung. Und obwohl wir Bauern immer weniger für unsere Erzeugnisse erhalten, müssen wir immer mehr für Produktionsmittel wie Maschinen, Gebäude, Pflanzenschutz- oder Düngemittel bezahlen. Für diese Vorleistungen geben wir Schweizer Bauern rund 30% mehr aus als unsere Kollegen in den Nachbarländern. Und dann werden von uns Produktpreise auf EU-Niveau verlangt? Das ist ein Hohn! Wir sind deshalb mit der Vorlage des Bundesrates zur AP 2011 überhaupt nicht zufrieden. Die Kürzung der Finanzmittel, die Umlagerung der Marktstützung in Direktzahlungen und die Anpassungen im Boden- und Pachtrecht hätten Einkommenseinbussen von rund 20 Prozent zur Folge. Das ist für uns Bauernfamilien keine Perspektive! An die AP 2011 stellen wir die folgenden Grundsatzforderungen:

1. Es braucht finanzielle Mittel in der Höhe wie sie ursprünglich in der AP 2007 vorgesehen waren, plus die aufgelaufene Teuerung.

2. Die bestehenden und WTO-konformen Marktstützungsmassnahmen müssen weiter geführt werden.
3. Es sind dringendst umfassende Massnahmen zur Senkung der Produktionskosten nötig.
4. Die Preistransparenz bei der Preisbildung sowie die Rahmenbedingungen für die Paralandwirtschaft muss verbessert werden.
5. Wir wollen, dass die Kernelemente des Boden- und Pachtrechts erhalten bleiben.

Unterdessen haben die Mitgliedorganisationen dem Bauernverband ihre Verbesserungsvorschläge zur AP 2011 eingereicht. Wir werden nun versuchen, diese in eine einheitliche Stellungnahme zu integrieren. Die definitive Version wird am 9. Dezember von der Landwirtschaftskammer behandelt. Falls unsere Forderungen nicht oder zu wenig in die definitive Botschaft einfliessen, wird sich die Landwirtschaft vorenthalten, die AP 2011 kategorische zurückzuweisen.

Andere Sorgen

Grosse Sorgen bereitet mir der Bundesrat. Immer wieder äussern sich dessen Mitglieder mit pauschalisierten oder unrichtigen Aussagen. Wir erwarten von der Landesregierung, dass sie den Verfassungsauftrag ernst nimmt und für die Schweizer Landwirtschaft einsteht. Ich wünsche mir ein bisschen mehr französische Zustände, das heisst keinerlei Zugeständnisse zu Lasten der Landwirtschaft und etwas weniger amerikanische, das heisst keine grenzenlose, überbordende Liberalisierung. Auch bei einigen Wirtschaftsexponenten und Journalisten wäre etwas mehr Weitblick angebracht: Werft eure Scheuklappen über Bord! Unbegrenzte Liberalisierung ist nicht das Heil der Welt, im Gegenteil. Die Kluft zwischen arm und reich wird auf dieser Welt immer grösser. Besonders scharf kritisiere ich in diesem Zusammenhang den so genannten „think tank“ Avenir Suisse. Ihre Vorschläge können nicht anders als „praxisuntaugliche Hirngespinnste“ bezeichnet werden. Wir sind aber offen für zukunftsgerichtete Ideen, die unser Land weiter bringen!

Weitere Themen

Uns Bauernfamilien und damit auch den SBV beschäftigen im Moment noch weitere Themen. So gab der Eintritt der Billigdiscounters Aldi und Lidl in den Schweizer Markt zu viel reden und zu schreiben. Aus heutiger Sicht, besteht nach wie vor die Gefahr, dass die Preisspirale sich dadurch weiter nach unten dreht. Aber die Aufmischung des Schweizer Detailhandelsplatzes bedeutet für uns auch eine gewisse Chance. Hier bleibt abzuwarten, wie sich das Ganze entwickelt. Der Bauernverband bleibt auf jeden Fall mit allen Marktpartnern im Gespräch.

Mit besonderer Spannung erwarten wir den Ausgang der Gentechfrei-Initiative am nächsten Wochenende. Bisherige Umfragen zeigen, dass die Chancen gut sind, dass wieder einmal eine Initiative vom Schweizer Volk angenommen wird. Damit bestätigt sich auch die Haltung der SBV und der Mehrheit der Schweizer Bauern: Die Konsumentinnen und Konsumenten dieses Landes wollen keinen Gentech-Food! Das haben sie auch in den Diskussionen im Vorfeld der Abstimmung immer wieder deutlich gesagt. Unsere Aufgabe ist es, dieses Anliegen ernst zu nehmen.

Dieser Sommer war geprägt von Ereignissen, die uns einmal mehr bewusst machen, wie sehr wir von der Natur und den Klimaentwicklungen abhängen. Eine schier endlose Hurrikansreihe richtete in den USA-Staaten Louisiana und Texas, auf der mexikanischen Yucatan und vielen anderen Orten riesige Schäden an. Die Schweiz litt Ende August unter den verheerenden Folgen der sintflutartigen Regenfälle. Gegen 1000 Bauernbetriebe erlitten Schäden an Gebäuden, Maschinen, Kulturen und Wiesen. Erfreulich war die grosse Bauernsolidarität. Neben diversen Geldspenden an die Berghilfe, unter anderem auch vom Bauernverband, gab es zahlreiche Futterspenden und andere Hilfsaktionen von Bauern für Bauern. Trotzdem war 2005 insgesamt ein gutes Landwirtschaftsjahr, sowohl im pflanzlichen, wie auch im tierischen Bereich.

Erfolge in diesem Jahr

Neben den erwähnten Herausforderungen gibt es auch Lichtblicke zu verzeichnen. So hat der SBV in diesem Frühjahr mit der Beibehaltung Treibstoffzollrückerstattung einen grossen Erfolg errungen. Es hat sich einmal mehr gezeigt, dass die Bauern eine gute Lobby haben, wenn sie es schaffen gemeinsam am gleichen Strick zu ziehen. Positiv ist auch die Abstimmung zur Personenfreizügigkeit ausgefallen. Die Zusammenarbeit mit dem Gewerbe hat sich hier bewährt. Die Rekrutierung von Arbeitskräften ist damit in Zukunft gewährleistet.

Auch die im Herbst 2004 eingeführte Herkunftsmarke für die Schweizer Landwirtschaft, Suisse Garantie, hat sich in diesem Jahr gut entwickelt. Ich bin sicher, dass wir damit auf dem richtigen Weg sind.

Der SBV ist bereit, die politischen Herausforderungen anzugehen und sich kämpferisch und offensiv zu zeigen. Wir sind bereit, Lösungen zu finden, welche die Landwirtschaft weiter und den Bauernfamilien Entlastung bringen. Wir resignieren nicht, sondern sind trotz schwierigen Zeiten optimistisch. Schliesslich ist Bauer sein nicht Schicksal, sondern eine Wahl, wie die NZZ letzte Woche treffend schrieb. Oder wie der amtierende Mister Schweiz, Renzo Blumenthal sagte: „Ich kann mir keinen schöneren Beruf vorstellen.“

Der SBV will die Zukunft des Bauernstandes sichern: Durch engagierte, politische Tätigkeit, durch geschickte Überzeugungsarbeit und Kommunikation wie auch durch massgeschneiderte, kostengünstige Dienstleistungen. Ja zur Schweizer Landwirtschaft. Nein zu ihrem Abbau!